

Leverkusen-Alkenrath - ein Beispiel für eine unsolidarische Kirche

Von der Komplizenschaft der EKIR mit dem Finanzkapitalismus

Von Ulrike und Werner Schramm und Rolf-Dieter Müller

Der nachfolgend skizzierte Ablauf schildert am Beispiel des Leverkusener Stadtteils Alkenrath dessen Niedergang im Zuge der Schließung des Evangelischen Gemeindezentrums. Damit verbunden ist eine zunehmend kritisch zu betrachtende allgemeine Entwicklung nicht nur in der Evangelischen Kirche des Rheinlandes, „immer mehr Geld auf die Finanzmärkte“ zu tragen. Dieses zunehmend ökonomistische Verständnis entzieht mittels drastischer Sparbeschlüsse der Kirchenbasis vor Ort dringend benötigte Gelder. „Auch und gerade kirchlich engagierte Menschen werden innerlich die Stirne runzeln, wenn sie spitz kriegen, dass ein wachsender Teil ihrer Kirchensteuern - im Augenblick sind es etwa 25% - den Finanzmärkten anvertraut wird bei gleichzeitigem Abbau von Stellen und der Preisgabe von Gemeindezentren und Kirchen.“¹

Das war nicht immer so.

Der Stadtteil Alkenrath war jahrzehntlang ein Beispiel für ein sozialverträgliches Miteinander. Über viele Jahre prägte das in christlicher Verantwortung geführte Evangelische Gemeindezentrum am See wesentlich das soziale Miteinander des gesamten Stadtteils mit. Die weit über die damalige engere Pfarrgemeinde hinausweisende vorbildliche Aufbauleistung und Stadtteilarbeit wurde von einem in seiner Gemeinde wohnendem Pfarrer, einer engagierten Jugendleitung sowie anderen auch ehrenamtlich daran Mitwirkenden geleistet. Das Pfarrbüro war dabei für viele Mitbürger manchmal die erste Anlaufstelle für ihre Sorgen. Die damalige Jugendleiterin verband behinderte mit nichtbehinderten Kindern, integrierte jüngere und ältere Jugendliche ganz gleich ob mit christlichem oder mit muslimischem Hintergrund und versuchte, im gemeinsamen schulischen und im weiteren Sinne sozialen Lernen ihnen eine Heimat zu geben.

Einst „funktionierte“ der Stadtteil aufgrund einer guten Durchmischung von Einfamilien- und Reihenhäusern sowie sozialem Wohnungsbau. Seit dem Rückzug von Bayer aus dem Wohnungsbau und dem Verkauf von Mehrfamilienhäusern der "Gemeinnützige Aktiengesellschaft für Angestellten-Heimstätten (Gagfah)" an den US-Immobilien-Riesen Fortress im Jahre 2004 diktieren dessen renditeorientierte amerikanische Geschäftspraktiken das Geschehen. Die Stadt stopft vor allem sozial schwache Familien aus unterschiedlichen kulturellen Hintergründen in den nun heruntergekommenen preiswerten Wohnraum, der noch weiter herunterkommt – was kümmert schon Müll und Schimmel? Die Wohnblöcke in der „Oberstadt“ sehen dementsprechend verwahrlost aus, die Eigenheimsiedlung im anderen Teil hingegen nach wie vor gepflegt. Wer es sich leisten kann, zieht aus der „Oberstadt“ weg. Andere - vor allem alleinstehende - ältere Mitbürger mit kleiner Rente sind jedoch gezwungen, zu bleiben. Auch wenn in ihrem Wohnquartier wieder Ratten ihr Unwesen treiben und nach Auskunft von Anwohnern vor allem Kinder mit freier Prostitution sowohl von Freiern als auch von den Prostituierten belästigt werden.

Im bereits geschilderten Stadtteil spitzen sich die durch Politik und einer gnadenlosen Privatisierung von Gütern der Daseinvorsorge verursachten sozialen Verwerfungen immer mehr zu.

Hauseigentümer, die beispielsweise nach Auskunft eines Bewohners polizeibekanntes deutsch-türkisches Jugendbanden kein Bier holen oder mitten in der Nacht keine Zigaretten spendieren, laufen Gefahr, daß ihr Eigentum zerstört wird. Hier, wie auch bei der allgegenwärtig drohenden Kriegsgefahr, dem gnadenlosen Sozial„fracking“ mit seiner totalen Verfügbarmachung von Mensch und Material unter den Bedingungen eines „totalen Marktes“, aber auch gegen die wachsende Entsolidarisierung und in Anbetracht einer schleichenden Rentenkürzung durch Inflation erleben die Gemeindemitglieder im Stadtteil keine Unterstützung. Der jahrzehntlang bewährte Ort gemeinsamen Gestaltens wurde ihnen einfach genommen.

Rückläufige Besucherzahlen in den Gottesdiensten wurden als Begründung dafür herangezogen, daß zunächst sowohl die Pfarr- als auch die Jugendleiterstelle gestrichen und schlußendlich 2010 mit einer Entscheidung des Presbyteriums die Schließung des Zentrums angeordnet wurde. Pfarrhaus, Glockenturm und Zentrum wurden danach dem Verfall überlassen, selbst Heizkörper

¹ Hans-Jürgen Volk, Der Zug geht in die falsche Richtung!

<http://www.zwischenrufe-diskussion.de/pages/ekir/der-zug-geht-in-die-falsche-richtung.php>

wurden entfernt. Ohne Treffpunkt blieben allerdings noch mehr Menschen aus, eine sich selbst erfüllende Prophezeiung.

So schilderte beispielsweise eine ältere Alkenratherin in einem Interview, daß sie beim Auszug aus dem Gemeindezentrum geweint habe. Es ist die Generation, die Kriegsende und Nachkriegszeit erleben mußte, im Gemeindezentrum sich über lange Jahre beheimatet gefühlt hat und dann wieder ein Stück „entwurzelt“ wurde.

Verband der Stadtteil für die meisten Bewohner über viele Jahrzehnte die Funktionsbereiche Arbeiten, Wohnen und Versorgen in einem relativ homogenen familienbezogenen Umfeld, so führte allein die Aufgabe des sozialen Wohnungsbaus zu einer höchst problematischen sozialen Entmischung der Quartiere. Diesem Kulturverlust auch durch Rückzug des Staates aus seiner Fürsorgepflicht gilt es entgegenzuwirken. Notwendig wäre daher eine Wiedereröffnung des seit Jahren geschlossenen multifunktionalen Gemeindezentrums für den ganzen Ortsteil. So gehört wieder ein Pfarrer ins Pfarrhaus und es müssen Festangestellte in Zusammenarbeit mit Sozialpartnern kooperative Lösungen entwickeln. Die räumliche Aufteilung des jetzigen Gebäudes erscheint dafür bestens geeignet. Hierzu gehört natürlich auch die Renovierung des Turms mit seinen Glocken. Ohne Treffpunkt könnte es bei den Alkenrather Protestanten zu einer weiteren Entfremdung von ihrer Kirche kommen.

Die fatalen Auswirkungen der finanzpolitischen Ausrichtung in der Gemeindegarbeit

Die Verstrickungen in den Finanzkapitalismus konnten offensichtlich bislang vor den Menschen weitgehend verborgen gehalten werden. Gelitten haben Menschen, wie hier im Beispiel dargestellt, eher unter den vom Presbyterium exekutierten Mainstream hinsichtlich investororientierter Sparvorgaben. Der Verkauf etwa von bewährtem Gebäudeeigentum einer Pfarrgemeinde zugunsten anlageorientierter Zweckbauten entspricht einem Wirtschaftsmodell, für das ein Erwirtschaften von Geld wichtiger erscheint als das Wohlergehen der Menschen vor Ort. Wenn auch Pfarrer sich diesem Weg anschließen, ist es umso fataler, denn sie verraten damit die ihnen anvertrauten Menschen zugunsten kirchenpolitisch rein monetär motivierter Rahmenbedingungen.

Die Entscheidungen der Presbyterien hierzu fallen geheim hinter verschlossenen Türen, obwohl die Gemeinde allerdings in der Regel anders denkt. Eine Kirche muß im Dorf bleiben, der Pfarrer gehört ins Pfarrhaus, die Gemeindegewestern und –helfer ins Umfeld und das Pfarrbüro muß soziale Anlaufstelle sein - ansonsten verliert sich die lokale Gebundenheit der Bevölkerungsgruppen. Die Gemeinde denkt eher an den Sinn, den ihre Kirchbauten erfüllen sollen, während hier und heute ein Presbyterium etwa aus „Rentabilitätsgründen“ den Gebäudeabriß durchdrückt.

Nach einem aktuellen jüngeren Presbyteriumsbeschuß – hinter verschlossenen Türen und ohne Diskussion in der Gemeinde - sollten nun die Glocken Alkenraths klammheimlich demontiert, abtransportiert und eingeschmolzen werden. Neue Verwendung dafür gibt es in einem anderen wohlhabenden Stadtteil, deren Kirche gerade aufwendig umgebaut wird – es fehlen nur noch Glockenturm und Glocken. Am Tag nach dem Beschuß erfuhren einige Menschen von diesen Frevel und protestierten dagegen öffentlich über die Presse.

Ursprünglich waren die infragestehenden Glocken Mitte der 50er Jahre durch Spendengelder finanziert worden. Ihr Klang wurde auf das Geläut der katholischen Gemeinde abgestimmt – nun wird nach oben umverteilt. Man sollte meinen: Wenn eine Gemeinde sich für den Erhalt ihrer Glocken entscheidet, so gilt das. In einer breit gestreuten Rundmail und später auf der Homepage der Evangelischen Kirchengemeinde Schlebusch jedoch wurden die mit Leserbrief und Flugblatt an die Öffentlichkeit getretenen Kritiker dieser Vorgänge mit Vorwürfen überschüttet. Statt Respekt vor der freien Meinungsäußerung von Mitchristen zu zeigen, wurden hingegen in besagter Mail selbige als „unüberlegt“, „arrogant“ und „besserwisserisch“ bezeichnet und namentlich an den Pranger gestellt.

Getragen von der Unterstellung, Kritiker an Entweihung und „Verwertung“ der Glocken würden „für den evangelischen Teil Alkenraths sprechen“ und zudem das „Gemeindeleben an die große Glocke“ hängen, ging ein Pfarrer mit einem angehängten Offenen Brief an die Zeitung auf öffentlichen Unterschriftenfang, dem auch Presbyter folgten.

Mit „Jetzt spricht der Pfarrer“ war auf der Homepage der Evangelischen Gemeinde u.a. zu lesen: „Liebe Zeitung, wir wissen: Du magst schlechte Nachrichten und druckst sie auch, selbst dann, wenn sie nur halb wahr sind. Schau doch genauer hin und schreib dann!“ Blöd nur, daß die in seinem Offenen Brief angegriffene Zeitung jedoch die Inhalte eines kritischen Leserbriefes sowie Flugblattgedanken gegen die Glocken“plünderung“ korrekt wiedergegeben hatte. Am Ende seines Briefes wurde dann eingeteilt: „Liebe Zeitung, wir brauchen keine bitteren und besserwisserischen Kommentare von der Seitenlinie sondern Mitspieler. Kirche sind wir alle zusammen oder gar nicht. Schick uns doch alle, die gerne etwas für Alkenrath tun möchten. Wir haben für jeden einen Platz!“ Eine solche Einteilung von Christen in „Mitspieler“ und solchen auf der „Seitenlinie“ gibt es jedoch nicht, denn sie sind Bestandteil der ganzen Gemeinde und haben das protestantische Recht, ihre Meinung offen zu sagen. Alles andere würde zu einer Desintegration bzw. Spaltung der Gemeinde führen.

Ein Filmteam präsentierte in der Folge in Anwesenheit von etwa 40 Besuchern in Alkenrath eine Dokumentation mit dem Titel „Alkenrath – Ein Beispiel für Blütezeit und Niedergang eines Stadtteils Leverkusens?“ und dem Untertitel „Das evangelische Gemeindezentrum Alkenrath als ein Beispiel gemeinwohlorientierter Gemeinwesenarbeit“. Die nach dem Film stattgefundenene rege Diskussion machte auch dem Pfarrer, der stellvertretend für das Presbyterium anwesend war, mehrheitlich deutlich, daß die Bürger sowohl die Entscheidung zur Schließung des Gemeindezentrums als auch die des Glockenabbaus für falsch halten. Deutlich war auch eine Stimmung des Mißtrauens dem Presbyterium gegenüber zu spüren. Statt eine erneute Anstrengung zur Einigung der Pfarrgemeinde und Wiedereröffnung des Zentrums zu unterstützen, verweigerten sich die Pfarrer ihrem religiösem Auftrag und hielten an der Investoren„lösung“ fest. Natürlich erscheinen sie dabei lediglich als vollziehende Rädchen im hierarchischen Getriebe. Der Glockenturm von Alkenrath mit seinen Glocken ist jedoch mehr als nur ein Symbol für die Identität der Pfarrgemeinde. Sein Abriß ist nur aufgeschoben und für den Fall der Neubebauung des Grundstücks vorgesehen.

Halten wir also fest: Erst wird im Stadtteil eine in Jahrzehnten gewachsene überaus erfolgreiche sozialintegrative Arbeit (als „Nostalgie“ abgetan) durch Mittelkürzungen ruiniert und dann soll die Gemeinde sich auch noch darüber freuen, daß ihre geplünderten Glocken jemand will? Mitbürger charakterisierten das Vorgehen des Presbyteriums als widerliches Schachern um die Glocken und ein Filetgrundstück, das gegebenenfalls mit städtischer Unterstützung an Investoren renditeträchtig verscherbelt werden soll. Der ökonomistische Mainstream scheint die Evangelische Kirche vollends weggerissen zu haben.

Angeblich – so von Pfarrersseite in einem Presseartikel behauptet – seien weder Glockenturm noch Zentrum oder Pfarrhaus „sanierungsfähig“ – also: Abriß. Erscheint das nicht logisch? Da im Stadtteil kein Kirchenbau vorhanden, braucht auch der Glockenturm keinen Denkmalschutz. Und da kein Gemeindezentrum mehr, werden also auch die Glocken überflüssig. Die Idee eines Pfarrers zum „ausflugbegleiteten“ Umgießen: Der „Geist“ der Glocken von Alkenrath werde in den dann Umgegossenen „würdig“ weiterleben. Heißt das etwa nicht: Christen werden um das von ihnen finanzierte Haus, ihre Heimat, gebracht, dürfen aber vorher noch ihre Stereoanlage zum Nachbarn tragen, damit etwas von ihnen weiterklingt? Und über diese Enteignung soll sie sich auch noch freuen?

Hier ist in der Tat an einem freiwilligen Rücktritt des Presbyteriums einschließlich des Kirchmeisters zu denken, da die Gemeindeinteressen wohl nicht mehr vertreten werden. Die in den Medien verkündete bloße Aufschiebung eines Abrisses des Glockenturms in Alkenrath ist einzig als taktische Verschleierung des beibehaltenen Kurses einer lukrativen Verwertung von Gemeindevermögen zu sehen.

Auf dem Filetstück soll ein Investor ein Seniorenzentrum erbauen. Damit soll all denen eine „Alternative“ eröffnet werden, denen ihr Einfamilienhaus im Alter zu groß geworden ist. Also auch hier: Umverteilung von Kirchengeldern zugunsten der Wohlhabenden verbrämt als soziale Wohltat? Manche Investoren verlangen vor ihrer – in der Regel – lukrativen Investition, daß die „Braut hübsch gemacht“ wird. Die Verwertung etwa eines Grundstücks setzt aller Erfahrung nach die Erstattung der Kosten für Abriß und Entsorgung des heruntergewirtschafteten Gebäudes durch den Verkäufer voraus. Und wer trägt eigentlich diese Kosten für die endgültige Abtragung des

ehemaligen Gemeindezentrums, zumal der Untergrund nicht unproblematisch ist? Dann wäre da auch noch je nach „Investor“ die Frage nach den finanziellen Quellen der Investition zu stellen.

Die Mutation von Kirche in einen Dienstleistungskonzern mit religiösen Angeboten

Es muß von den Kirchenleitungen endlich offengelegt werden, wohin die Reise geht: „Typisch für shareholder-value-orientierte Unternehmen ist es, der Steigerung des Unternehmenswerts die Belange von Beschäftigten, Kunden, Gesellschaft oder Umwelt unterzuordnen. Kapitalinteressen haben bei einem derart geführten Konzern faktisch Vorrang, was dazu führen kann, dass selbst bei einer guten Ertragslage Beschäftigte entlassen und Standortverlagerungen vorgenommen werden.“² Vor diesem Hintergrund erscheint das bizarre Schauspiel einer immer weiter sich verringernden kirchlichen Bindungskraft, die unausweichlich eintritt, wenn die Bedürfnisse, Erwartungen und Nöte der Menschen im Verantwortungsbereich der Kirche vor Ort in den klassischen Arbeitsgebieten von Verkündigung, Seelsorge, Bildung und Diakonie als nachgeordnet erfahren werden. Es gilt buchstäblich zu retten, was zu retten ist, nämlich „die Parallelität von christlicher Botschaft und kirchlichem Handeln zu bewahren. Es geht um die Glaubwürdigkeit von Kirche nicht nur nach innen, sondern insbesondere auch im öffentlichen Raum.“³ Das zu beklagende Kernproblem besteht im zu beklagenden Verlust der Einstellung, daß Geld mittlerweile keine dienende Funktion mehr hat, „sondern es ist mehr und mehr zum Herrscher und Regenten geworden, den es nach Opfern verlangt.“⁴ Insofern denkt Kirche nicht mehr vom Menschen her, kündigt quasi den Solidargedanken zugunsten eines fiskalischen auf. Die Entsolidarisierung mit den sozial Schwächeren – auch ablesbar daran, sich von werthaltigen Immobilien zu trennen - zugunsten wohlhabenderer Regionen ist an den beschriebenen Umverteilungsprozessen abzulesen. Beratungsfirmen im Hintergrund haben dabei Hochkonjunktur. Gemeinsam ist ihnen der sogenannte Ansatz des „homo oeconomicus“. Der Homo oeconomicus, der verwirtschaftete Mensch, ist die Leitfigur der neoliberalen Welt. Das Motto dieses Menschen sei: ‚Geld ist, was zählt. Geld regiert die Welt.[...] Keine Geste der Grosszügigkeit, kein Zeichen der Zuneigung ist ihm etwas wert, wenn es sich nicht positiv aufs Geschäft auswirkt. [...] Die Menschen werden mit einem Preis versehen. Wer und was nichts kostet, ist nichts wert.‘“ (Aus Norbert Blüm, „Gerechtigkeit“)

Es ist zu beobachten, daß manche Kirchenkreise eine Mutation von Kirche in einen Dienstleistungskonzern mit religiösen Angeboten weiter vorzuantreiben scheinen. Wer zieht in dieser Kirche entscheidende Fäden? Da sind beispielsweise die Beratungsfirmen Steria Mummert Consulting und BSL Managementberatung zu nennen. Die Frage muß dabei allerdings gestellt werden: Ist die Kirche vorrangig ein Unternehmen oder ist die Kirche vorrangig Kirche? „Es kann gar nicht anders sein, als daß Firmen wie Steria oder BSL eine Kirche wie ein Unternehmen beraten und ihr mit einer entsprechenden betriebswirtschaftlichen Engführung auf den Leib rücken. Sie sind nicht in der Lage, kirchliche Besonderheiten wahrzunehmen, sonst würden ihre Rezepte nicht überall ähnlich wirken, gleich, ob es sich um eine Bank, eine Landeskirche, eine Kommune oder einen Versicherungskonzern handelt. Sie beraten aus ihrer Sicht Unternehmen, die unterschiedliche Aufgaben und Ziele haben. Von daher kann sich eine solche Denkweise problemlos mit einem funktionalen Kirchenbegriff verbinden.“ Solche Beratungsfirmen geben Empfehlungen ab, „die verstärkte Konzentrationsprozesse und eine Standardisierung in den Abläufen zum Ziel haben“. „Ein Spezialgebiet von Steria Mummert Consulting ist die Finanzindustrie, insbesondere das Investmentbanking und die Beratung von Versicherungsunternehmen. Auf ihrer Kundenliste führt das Institut so illustre Namen wie die Deutsche Bank, die Commerzbank, AXA oder die Münchener Rück (www.steria-mummert.de). BSL Managementberatung hat sich dagegen auf den öffentlichen Sektor spezialisiert. Die Firma berät Länder, Kommunen und eben auch Kirchen. Sie begleitet sogenannte PPP-Projekte (public private partnership) und hat die Empfehlung zum Outsourcing im Standardprogramm, was faktisch

² Hans-Jürgen Volk, Der Zug geht in die falsche Richtung! a.a.O.

³ Hans-Jürgen Volk, Der Zug geht in die falsche Richtung! a.a.O.

⁴ Hans-Jürgen Volk, Der Zug geht in die falsche Richtung! a.a.O.

einer Privatisierung ehemals öffentlicher Aufgaben gleichkommt.“⁵ Wohlklingende Worte wie „Das Ziel kann nur die Aufgabe der Kleinteiligkeit und die Konzentration der Kräfte sein.“ sollen anscheinend auch Skeptiker beruhigen. Tatsächlich jedoch ist höchste Alarmstufe zu geben.

Im Hintergrund tickt der Religionsmonitor der Bertelsmann Stiftung?

Das von Pfarrern und vom Presbyterium der Gemeinde Leverkusen-Schlebusch verfolgte Verwertungskonzept von Gemeindeimmobilien scheint dem hier skizzierten Denken geradewegs zu folgen. Ihre dabei über die ganze Zeit hinweg gewählte Kommunikationsstrategie wirkt eher dazu geeignet, demokratisch-partizipative Diskussion und Entscheidungsfindung zu verhindern. Erinnert ihre Vorgehensweise nicht vielmehr an die geschickte Lenkung durch sog. politische Eliten, sich dabei nicht durch sog. „Vetospierer“ (veto-player) in ihrer Steuerungsfähigkeit einschränken bzw. beirren zu lassen? Wir finden diesen autoritären, paternalistischen Politikbegriff in die manipulativen Strategieanweisungen aus dem Hause Bertelsmann mit der „Kunst des Reformierens“⁶

Hier lassen sich genauere strategische Anweisungen finden, wie „veto-players“ auszuschalten und ihr Verbund zu schwächen und zu destabilisieren ist: „Ein geschickter Partizipationsstil zeichnet sich dadurch aus, dass flexible und neue Formen der Inklusion das Widerstandspotenzial großer Interessengruppen und (Teilen) der Opposition aufzubrechen versuchen. Reformen können auch so konzipiert werden, dass sie manche Interessengruppen begünstigen und andere benachteiligen, um so eine potenziell geschlossene Abwehrfront zu verhindern.“⁷

Das weitere Vorgehen des Presbyteriums scheint die hier angegebene Vorgehensweise durch den Umgang mit zunächst starken Widerständen gegen den Glockenabbau zu bestätigen.

„Unser Vorhaben löste lebhaft Diskussionen und viel Widerstand in Alkenrath aus. Daher haben wir beschlossen, unsere Glocken nicht innerhalb der Gemeinde umzusiedeln, sondern sie in Alkenrath weiter erklingen zu lassen, so lange der Turm steht. Für unser weitläufiges Grundstück in Alkenrath mit dem alten Pfarrhaus, dem ehemaligen Gemeindezentrum und dem Glockenturm, suchen wir intensiv nach einem Investor, der bereit ist, unsere Vorstellungen von einem Bauprojekt mit sozialem Mehrwert für Alkenrath umzusetzen.“ Es bleibt also beim eingeschlagenen Weg kirchenpolitischer Finanzierungsvorgaben.

Holen wir die im Hintergrund wirkende Agenda hervor, sofern sie von Beratungsfirmen wie etwa Bertelsmann, mit ihrem „Religionsmonitor“ gelenkt wird.⁸ Bemerkenswert sind die Kontexte, in denen die Bertelsmann-Stiftung die Rolle von Religion betont. Alle Weltreligionen werden „an einem einzigen kulturgebundenen(!) Maßstab gemessen und damit deren Vielfalt und Inkommensurabilitäten eingedampft“. Im Kern des Monitors tickt ein totalitär verordneter funktionalistischer Religionsbegriff: Religion erscheint im Fokus des Monitors als bloßes „Sozialkapital“, also eine globale Kohärenz- und Resilienzressource, welche zur Aufrechterhaltung sozialer und individueller Funktionalität managerial bewirtschaftet werden muss. Dabei ist gerade infolge der von Bertelsmann mitinspirierten neoliberalen „Reformen“ mit gnadenlosem Wettbewerb der soziale Zusammenhalt durch grassierende Armut und das Wegbrechen der Mittelschicht auch in Deutschland labiler geworden.⁹

⁵ Vgl. Hans-Jürgen Volk, Presbyterial-synodale Ordnung in Gefahr! Die Dominanz betriebswirtschaftlichen Denkens untergräbt unsere kirchliche Verfassung. <http://www.zwischenrufe-diskussion.de/pages/presbyterial-synodale-ordnung/presbyterial-synodale-ordnung-in-gefahr.php>

⁶ Bertelsmann Stiftung 2009. Die Bertelsmann Stiftung orientiert sich als „operative Stiftung“ nach eigener Aussage ganz an den Methoden US-amerikanischer Think Tanks. Sie versteht sich als „an agent of social innovation“ [which] „stimulates innovations in government, ministration and society“ [and] „generates pressure to reform through active public relations work.“ (Bertelsmann Stiftung 1997, The Work of Operating Foundations. Strategies — Instruments — Perspectives, Gütersloh, S. 156)

⁷ Zit. nach Jochen Krautz, Bildungsreform und Propaganda, Strategien der Durchsetzung eines ökonomistischen Menschenbildes in Bildung und Bildungswesen, S. 103

⁸ Vgl. auch die Fragestellung „Soziales Kapital“ in: Religionsmonitor verstehen, was verbindet, Religiosität und Zusammenhalt in Deutschland, s. z.B. S. 50f. http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbcr/SID-60844641-AFB92BC2/bst/xcms_bst_dms_37661_37775_2.pdf

⁹ Vgl. Matthias Burchardt, Das Wort Gottes und der Zahlenteufel Zum Religionsmonitor der Bertelsmann Stiftung, <http://www.zwischenrufe-diskussion.de/pages/allgemeines/das-wort-gottes-und-der-zahlenteufel.php>

Es ist eine Illusion zu glauben, daß an monetärer Effizienz ausgerichtete Mittelbewirtschaftung und Beschäftigungsformen sowie die Einführung von Steuerungsmodellen die theologische Substanz und die kirchliche Praxis unberührt lassen. Statt auch die organisatorische Seite der Kirche von der theologischen Substanz her zu denken und vor allem mit und für die junge Generation zu gestalten - wie sie exemplarisch in den sozialreformerischen Bestrebungen Friedrich Raiffeisens oder der barmherzigen Tätigkeit Albert Schweitzers umgesetzt wurden - werden Kirchengüter auf den freien Markt geworfen und zur optimalen Verwertung freigegeben.¹⁰

Tatsächlich hat die Finanzkrise 2008/09 insgesamt viele Vermögenswerte vernichtet. Im Rheinland spricht man davon, daß beispielsweise durch die Anlagepolitik der (kircheneigenen) bbz GmbH, Bad Dürkheim, über 20 Mio. Euro verloren gingen! Geld, das vor Ort dringend benötigt würde und das den Gemeinden entzogen wurde. Beim Abrechnungsdienstleister „bbz waren es nicht nur die Abrechnungen mit den Kunden, die Gewinne ermöglichen sollten, sondern vor allem auch Zinserträge aus überwiegend kurzfristigen Anlagen, die aus den letztlich von den Kunden stammenden laufenden Beträgen erwirtschaftet werden sollten. Eine derartige Strategie geht solange auf, solange das Zinsniveau relativ hoch ist. Spätestens seit der Wirtschafts- und Finanzkrise von 2008 ließen sich mit kurzfristigen Anlagen keine befriedigenden Zinserträge mehr erzielen. Offensichtlich ließ man sich nun auf höchst riskante Geldgeschäfte ein und versenkte Millionenbeträge.“¹¹

Schon allein der Ausstieg aus der umlagefinanzierten Rentenversicherung bedeutete einen finanziell erheblichen Entzug der Solidargemeinschaft und eine Umverteilung hin zu einer sozioethisch bedenklichen kapitalgedeckten Altersversorgung. Die entsprechenden politischen Vorgaben durch die damalige rot-grüne Koalition bedeuteten allerdings generell einen „Abschied von der Lebensstandardsicherung“ verbunden mit „einer Absenkung des Rentenniveaus“. Provokant gesagt: *Die theologische Fundamentierung weicht einer Dogmatik der Finanzwirtschaft und des Shareholder-value.* Die theologische Fundamentierung in Gott, im Glauben, wird durch eine Dogmatik ersetzt, die auf nicht belastbaren Finanzprognosen und unberechenbaren Märkten aufbaut.

Indem immer mehr Geld auf die Finanzmärkte getragen wird, macht sich Kirche nicht nur zum Komplizen des Finanzkapitalismus sondern verrät auch Grundüberzeugungen christlicher Sozialethik.¹² Ende 2008 hatte sich der Wert der Anlagen bei kapitalgedeckten Rentenversicherungen um durchschnittlich 20-25% verringert, manche Pensionsfonds standen kurz vor dem Kollaps. Versicherungskonzerne „haben mit der Umstellung auf eine kapitalbasierte Alterssicherung sehr viel Geld verdient“.

Es liegt auf der Hand, daß die katastrophalen Folgen der „Finanzkrise“ allgemein eine zunehmend ernste Bedrohung des sozialen Friedens in einigen europäischen Ländern darstellen. Statt als Evangelische Kirche mit einem Bekenntnis des Glaubens durch Präsenz in der Fläche ernsthaft Geschwisterlichkeit vorzuleben, werden Ressourcen aus einem renditeorientierten Verständnis einer Mittelbewirtschaftung von den eigentlichen seelsorgerischen Aufgaben abgezogen.

Gesprächsstrategisch könnte das Mitmarschieren im Geiste des Finanzkapitalismus demzufolge mit „alternativlosen“ Entscheidungszwängen des Presbyteriums wie bei der Schließung des Zentrums kaschiert worden sein.

Vom Verlust der Präsenz des Religiösen in der Stadtentwicklung

Alkenrath stellt aufgrund der Schließung des Gemeindezentrums ein Paradebeispiel für evangelische Protestanten als Opfer und Geschädigte auf dem neuen finanzpolitischen Weg der Evangelischen Landeskirchen dar.

Mit dem Slogan „Kirche im Wandel“ wird ein Prozeß der Umwälzung verschleiert, der mittels finanzieller Umverteilungen einen Superverbaltungsbereich entstehen läßt und Kirche damit zwar

¹⁰ Vgl. Matthias Burchardt, a.a.O.

¹¹ Hans-Jürgen Volk, Finanzskandal um die bbz GmbH, http://www.zwischenrufe-diskussion.de/pages/ekir/finanzskandal-um-die-bbz-gmbh.php?searchresult=1&sstring=finanzskandal#wb_100

¹² Franz Segbers, Rückkehr zur umlagefinanzierten Altersversorgung in den Kirchen, <http://www.pfarrerverband.de/pfarrerblatt/archiv.php?a=show&id=3340>

immer teurer macht, die Gemeinden hingegen immer ärmer werden läßt.¹³ Die Kirche mutiert so zu einem von oben geleiteten Finanzkonzern, der „Millionenbeträge in den Ausbau des kirchlichen Finanzwesens, in den Ausbau der Datenverarbeitung und den Ausbau der Verwaltung fließen läßt. Dieser Umbau konnte anscheinend bislang vor den Menschen verborgen gehalten werden. Bereits seit längerem werden Pfarrstellen, Gemeindebüros, Jugendleiterstellen gestrichen.

Gerne verweist man in Kirchenkreisen auch auf Pensionslasten und die rückläufigen Mitgliederzahlen.¹⁴ Tatsächlich allerdings sprudeln die Einnahmen.¹⁵ Seit 2005 ist eine Steigerung im Raum der EKD um 34,7% zu verzeichnen, wozu vor allem Deutschlands Millionäre überdurchschnittlich beitragen. Den Gemeinden gegenüber wird weiterhin am Märchen der negativen Finanzprognosen festgehalten, also noch mehr Personalabbau und versilbern von verbliebenem Immobilienbestand?

„Die Zentralisierung von Entscheidungsbefugnissen ist mit erheblichen Risiken verbunden. Ein Kirchmeister kann im schlimmsten Fall Schäden von etlichen 10.000 € verursachen. Werden Fehler auf der höchsten Leitungsebene gemacht, geht es um Millionenbeträge. Dieser schlichte Sachverhalt hat in der rheinischen Kirche zu einem erheblichen Verlust an Finanzkraft geführt.“¹⁶ Indem in Kirche unternehmerisches Denken einer Gewinnmaximierung Einzug gehalten und Investorendenken die Mittellenkung im Blick haben muß, gewinnen zwangsläufig Renditeüberlegungen zur Bedienung von Kapitalanlagen mehr Gewicht, als Verkündigung und gute Gemeindegemeinschaft mit haupt- und nebenamtlichen Kräften. Wenn „das Erwirtschaften von Geld wichtiger wird als Fortschritt und Wohlergehen der Menschheit“ macht sich Kirche zum Komplizen destruktiver Kräfte. Wer garantiert, daß internationale Geldanlagen nicht mithelfen, Krisenstaaten weiter finanziell auszubluten und mittels Investitionen im Immobiliensektor an der Verteuerung von Wohnraum mit verdient wird, daß also letztlich mit der „Ausbeutung fremder Arbeit“ gearbeitet wird?

Jeder Mitmensch ist wertvoll, daß es sich lohnt, ihm einen Lebensrahmen anzubieten, ihn für ein christliches Miteinander anzuwärmen. Kirche muß auch wieder dorthin gehen, wo die soziale Lage desolat ist und sinnstiftend wirken. Natürlich führen Entsolidarisierung, die Individualisierung von Lebensrisiken und schließlich der Imperativ, sich unter den Bedingungen des totalen Marktes in ein ‚unternehmerisches Selbst‘ zu verwandeln zur inneren Krise, zu Erschöpfung und Krankheit.

Der Abbau von Stellen vor Ort sowie die Schließung von Gemeindeeinrichtungen bedeutet eine Absage an die Arbeit mit Menschen. Das führt auch zu einer Schwächung der personellen Präsenz der Kirche, die in strukturschwachen Regionen – wie es heißt - bereits jetzt insbesondere beim Pfarrdienst dramatische Formen annimmt. In einer streng hierarchischen Verwaltungsausrichtung läuft die Evangelische Kirche weiter Gefahr zu einer Behördenkirche mit gut ausgebauter Investmentabteilung zu werden.

Wir müssen unsere Kirche wieder in die Pflicht zu sozialer Mitverantwortung nehmen

Kein Christ, auch nicht der Alkenrather, ist aufgrund des neuen ökonomistischen Weges der EVK Kirchenmitglied. Vielmehr schätzt er sein gewohntes Kirchenzentrum mit einer guten, sozialintegrativen Gemeindegemeinschaft und engagierten Haupt- und Ehrenamtlichen.

Hingegen ist statt Kapitulation vor dem scheinbar Unvermeidlichen eigentlich ein Auflehnen gegen den Trend dringend notwendig: Allein schon, um der Evangelischen Kirche wieder zu einem „Bekenntnis des Glaubens angesichts wirtschaftlicher Ungerechtigkeit und ökologischer Zerstörung“ zu verhelfen. Gegensteuern also wäre in jeden Fall angezeigt, Hilfestellung geben, da als lohnende Alternativen zum kritisierten ökonomistischen Weg sehr wohl die gemeinnützigen GmbHs oder Genossenschaften gelten könnten. Diese Themen scheinen, wie gezeigt, in Kirchenkreisen nicht immer erwünscht zu sein. Ansonsten würden beispielsweise Pfarrer oder Presbyter diese Alternativen mit den Mitbürgern insgesamt freimütig und einladend diskutieren. So

¹³ Manfred Alberti, EKIR am Scheideweg, <http://www.zwischenrufe-diskussion.de/pages/ekir/ekir-am-scheideweg.php>

¹⁴ Kirche und Pfarrpensionen, http://www.christoph-fleischmann.de/pages/de/zum_mitreden/1295.htm

¹⁵ Hans-Jürgen Volk, Kirchensteuereinnahmen auf Rekordniveau, <http://www.zwischenrufe-diskussion.de/pages/kirche-und-geld/kirchensteuereinnahmen-auf-rekordniveau.php>

¹⁶ Hans-Jürgen Volk, Finanzskandal um die bbz GmbH, a.a.O.

böte etwa auch die alljährlich stattfindende ökumenische Friedensdekade einen würdigen Rahmen für die Entwicklung sozial tragfähiger Abläufe.

Die dort gepflegten Gedanken verweisen auf die grundlegende soziale Mitverantwortung von Kirche: Gerade in einem mittlerweile sozial so heterogenen Stadtteil wie Alkenrath müßte jede Möglichkeit genutzt werden, unser aller Bewußtsein dafür zu schärfen, im Kleinen eine gerechte Gesellschaft und einen gefestigten, dauerhaften (sozialen) Frieden aufzubauen. Warum nicht auf die Bürger Alkenraths zugehen und zum Beispiel im Verbund mit anderen karitativen Einrichtungen genossenschaftlich das bestehende Gemeindezentrum zum Wohle alle sozialen Schichten bewirtschaften? Erfolgreiche Vorbilder etwa für Baugenossenschaften gibt es genug. Auch wenn der Kirchturm marode zu sein scheint, könnte für die Glocken ein anderer würdiger Platz auf dem Gelände gefunden werden.

Papst Benedikt (2012) war sich der fundamentalen Bedeutung des Genossenschaftswesens bewußt: „Die Genossenschaft in ihrer tiefsten Bedeutung verweist auf den Anspruch der Person, sich mit anderen zusammenzutun, um gemeinsam mit ihnen neue Ziele im sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und religiösen Bereich zu erreichen.“ Warum nicht voneinander lernen? Das läge auch in bester Tradition des Protestanten Raiffeisen und anderer Sozialwerke. In einer Demokratie muß es immer Alternativen geben. Vor allem jedoch kann es nicht angehen, wenn sich der Verdacht zur Gewißheit verdichten sollte, daß die Menschenn des einen gegen die eines anderen Stadtteils ausgespielt werden.

Die über seinen Offenem Brief und die damit verbundene Unterschriftenaktion vorgenommene Desintegrationspolitik des Pfarrers, die Gemeinde in Gut und Böse zu unterteilen, birgt allerdings die Gefahr in sich, die gegenwärtige und zukünftige Basis von Kirche zu zerstören. Der Leverkusener Superintendent Loerken sowie die Kirchenleitung in Schlebusch stehen dabei im Fokus protestantisch denkender Christen, die das ganze Treiben um das Gemeindezentrum – dessen Wiedereröffnung wir für den Stadtteil fordern - auch weiterhin kritisch beobachten werden. Wenn anderswo für 4 Mio. Euro ein seit 17 Jahren leerstehendes Gebäude aus Kirchenmitteln saniert wurde, sollte das auch in Alkenrath möglich sein. Wäre eine solche Perspektive nicht gelebte Nächstenliebe? Umkehr vom Finanzkapitalismus ist dringend geboten – daran müssen wir alle mitbauen.

© Ulrike und Werner Schramm

Rolf-Dieter Müller

Leverkusen, im April 2014

<http://www.zwischenrufe-diskussion.de/pages/ekir/leverkusen-alkenrath---ein-beispiel-fuer-eine-unsolidarische-kirche.php>

EkiR = Evangelische Kirche im Rheinland